

Anfrage

Öffentlich

Datum

08.10.2014

Nummer

3187/14

Absender

DIE LINKE.
Rathaus
38100 Braunschweig

Adressat

Oberbürgermeister Markurth
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Gremium

Rat

Sitzungstermin

21.10.2014

Betreff / Beschlussvorschlag

Braunschweig Pass – Anspruch und Wirklichkeit

Auf Grundlage von Anträgen der LINKEN und anderer Fraktionen wurde vom Rat die (Wieder-) Einführung des Braunschweig Passes zum 1. Oktober 2012 beschlossen. Zu den Anspruchsberechtigten gehören auch Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Dieser Anspruch wird allerdings – wenn überhaupt – nur in sehr geringem Umfang erfüllt. Der Grund liegt darin, dass Asylbewerber in Braunschweig zu fast 100% Bewohner der Landesaufnahmebehörde (LAB) sind. Diese sind derzeit mehrheitlich nur für rund drei bis vier Wochen in Braunschweig, wodurch eine Antragstellung erheblich erschwert ist und ökonomisch auch wenig Sinn macht. Außerdem besteht die Verwaltung angeblich darauf, dass zum Erwerb eines Braunschweig Passes eine Aufenthaltsgestattung erforderlich sei.

Zum Thema „Internationalität“ hat Oberbürgermeister Markurth u.a. folgendes Ziel formuliert: „Mein Ziel ist eine auch bundesweit führende Willkommenskultur, die deutlich macht, dass wir die Menschen, die zu uns kommen, zu überzeugten Braunschweigerinnen und Braunschweigern machen wollen. Wir wollen eine Stadt der Vielfalt – nicht der Einfalt sein!“

Wir nehmen an, dass Herr Markurth damit alle Menschen gemeint hat, die zu uns kommen und stellen die folgenden Fragen an die Verwaltung:

1. Welche Vorschläge gibt es, um eine schnelle und unbürokratische Ausgabe des Braunschweig Passes an die Asylbewerber in der LAB zu ermöglichen?
2. Könnte die Voraussetzung dahingehend verändert werden, dass der Heimausweis der LAB als ausreichend für die Ausgabe des Braunschweig Passes angesehen wird?
3. Wäre es möglich, die Vergabe des Braunschweig Passes durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LAB zusammen mit der Gewährung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zu tätigen?

Udo Sommerfeld
Fraktionsvorsitzender